Bezugsgebühr
vierteljährlich Mk. 2.25, durch die Post Mk. 2.75.

Die Annahme von Aufbewahrungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38, in den Annahmestellen v. Born & Nachf. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11–½1 Uhr Mittags.

Anzeigentarif.
Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pf. Ankündigungen auf der Privatseite 20 Pf.; Doppelzeile unter dem Strich (Eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 20 Pf. (für Familiennachrichten 2c.) pct. 30 Pf. – Auswärtiger Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werd. m. 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 1096.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang.

Meissner Smyrna-Teppich-Fabrik
— F. Louis Bettich. —
Nur Prima-Kammgarn-Fabrikate. Handarbeit.
Versandhaus für Material zur Selbstherstellung von Knüpfarbeiten nach altbewährten Methoden als Handarbeit für Damen.

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden

Photographische Apparate für Amateure.
Carl Plaul
25 Wallstrasse 25
Versandlocal
jetzt: Parterre.

„Invalidendank"
Dresden, Seestrasse 5, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effekten-Kontrolle unter Garantie.
IV. Kollektion der Sächs. Landeslotterie.

Dresdner Champagner-Fabrik
Fernsprecher: Amt II, Nr. 2153 empfiehlt ihre Telegr.-Adresse: Champag.-Dresden
mit K. S. Staatspreis ausgezeichneten Champagner
(vollständigen Ersatz für französische Fabrikate bietend),
auch reine Assmannshäuser und Burgunder Mousseux.
Niederlagen bei Herrn H. E. Philipp, an der Kreuzkirche 2, und bei Herren Weis & Hencke, Schlossstrasse 17.

Familien- Handwerker- Strohhut-Nähmaschinen
H. Grossmann, Nähmaschinenfabrik.
Verkauf in der Fabrik: Dresden, Chemnitzerstrasse 26, und Waisenhausstrasse 5, Striesenerstrasse 18.

Tuchwaaren.
Grösste Auswahl von Neuheiten in Winter-Paletot-, Anzug- und Hosenstoffen, beste deutsche und englische Fabrikate, empfehlen zu billigsten Preisen
Friedr. Greiff & Sohn,
Georgplatz 9, part. und I. Etage.

Nr. 351. Spiegel: Etatsdebatten im Reichstag. Hofnachrichten. Konservativer Parteitag. Kunstverein, Weihnachtsschau, Striezelmarkt Kreisausschuß. Sinfonie-Concert, Arnold's Kunstsalon. | Muthmaßliche Witterung: Wechselnd. | Sonntag, 19. Dezember 1897.

Bei der bedeutenden Auflage der „Dresdner Nachrichten" ist es nothwendig, die **Bestellungen** auf das

erste Vierteljahr 1898

bei dem betreffenden Postamte **sofort** bewirken zu wollen, da andernfalls auf ungestörte Fortlieferung bez. rechtzeitige Neulieferung des Blattes nicht gerechnet werden könnte.

Die Bezugsgebühr beträgt bei den **Kaiserl. Postanstalten** im Reichsgebiet **vierteljährlich 2 Mark 75 Pf.**, in Oesterreich-Ungarn **2 Fl. 53 Kr.** und im Auslande **2 Mark 75 Pf.** mit entsprechendem Postzuschlage.

Für **Dresden** nimmt die unterzeichnete Geschäftsstelle während der Dienststunden Bestellungen zum Preise von **2 Mark 50 Pf.** (einschließlich Bringerlohn) entgegen.

Neu- und Abbestellungen, sowie die Anzeigen über erfolgte **Wohnungsveränderungen** in Dresden, wolle man entweder **persönlich** anbringen oder **schriftlich** — nicht durch Fernsprecher — an die Geschäftsstelle gelangen lassen.

In dem kommenden Quartal werden auch zwei neue, fesselnde Romane in der Mittwochs- und Sonntagsbeilage unserer Zeitung zum Abdruck gelangen:

„Eine reine Seele"

von **Ida Boy-Ed**

und

„Die Juwelen der Familie Danvers"

aus dem Englischen von **Par**, übersetzt von **H. von K.**

Besonders die erstere der beiden Schöpfungen, der jüngste Roman der gefeierten Schriftstellerin Boy-Ed, mit dessen Abdruck zunächst begonnen werden soll, ist ganz darnach angethan, Sensation in des Wortes bester Bedeutung zu machen. Das reiche Schilderungsvermögen der Boy-Ed, ihre wunderbare Kunst, in den Herzen der Menschen zu lesen, Charaktere zu erforschen und in markigen Zügen dem Leser vor Augen zu führen, nicht zum mindesten aber ihre vornehme und glänzende Diktion, bewähren sich in diesem Romane, der übrigens bisher noch in keiner Zeitung erschienen ist, wieder auf das Beste, sodaß wir für eine ebenso spannende, wie wertvolle und anregende Lektüre für unsere Leser gesorgt zu haben überzeugt sind.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten",
38 Marienstraße 38.

Politisches.

Sechs Tage haben sich die Etatsdebatten des Reichstags hingeschleppt. Von dem Etat war dabei am wenigsten die Rede. Es wurde fast nur leeres Stroh gedroschen, und um zu zeigen, wie hoch die Volksvertreter selbst den Werth der Verhandlungen einschätzen, blieben drei Viertel von ihnen der Budgetberathung fern. Der Rest sah sich in Folge dessen verurtheilt, widerstandslos die Redeergüsse über sich ergehen zu lassen: hätte Einer es wagen wollen, den Schluß der Debatte zu beantragen, so hätte das nur den Erfolg haben können, daß wegen Beschlußunfähigkeit die Verhandlung vertagt wurde, ohne damit eine Verkürzung der Folterqualen der Langeweile zu erzielen. Die Redner der Linken waren blos darauf bedacht, zum Fenster des Hauses hinaus zu reden, um bei den nächsten Wahlen möglichst gute Geschäfte zu machen. Hervorragendes leisteten hierin die Sozialdemokraten, denen die Antisemiten Zimmermann'scher Couleur nachzueifern bemüht waren, freilich ohne Erfolg. Es erwies sich wieder einmal, welche traurige Rolle Bierbankpolitiker im Reichstage spielen. Etwas Anderes ist es, im Parlament vor der uneingeschränkten Oeffentlichkeit über politische Fragen zu sprechen, als in Raddauversammlungen, wo der Cadavergehorsam der Parteigänger pflichtgemäße Beifallsstürme entfesseln muß. Nachdrücklich genug waren die Herren Zimmermann und Genossen von den Vertretern unserer auswärtigen Politik gewarnt worden, die innerpolitischen Vorgänge in Oesterreich nicht auf die Tribüne des Reichstags zu bringen. Jeder einsichtsvolle Politiker mußte die Gefahr erkennen, daß die Erörterung dieses Themas einen Ausgang nimmt, bei dem unsere jenseitigen Stammesgenossen Freude nicht empfinden können. In sehr taktvoller Weise wies der neue Staatssekretär des Auswärtigen v. Bülow auf diese Gefahr hin, indem er ausführte, wie Jeder gegenüber inneren Vorgängen fremder Staaten innerlich fühle, habe er mit sich selbst auszumachen. Gedanken seien zollfrei und Gefühle seien es auch; wo aber solchem Gefühle öffentlich Ausdruck gegeben werde, sei die Pflicht zur Mäßigung und Achtung fremder Rechte um so größer, je bedeutsamer die Stelle sei, von der aus eine solche Kundgebung erfolge. Aber Leuten von so grobem Kaliber wie die erwähnten Bierbankredner fehlt das Organ für solche feine Ermahnungen; in ihrer plumpen Manier tappten sie rücksichtslos drauf los, so daß unsere Stammesgenossen in Oesterreich ihnen schwerlich dafür Dank wissen werden. Daß sie auf die Vertreter der Reichsregierung mit ihrem Geschwätz irgend welchen Eindruck machen würden, haben sie gewiß selbst nicht geglaubt. Auch sie rechnen auf das Publikum draußen; dieses soll mit jenen unreifen Phrasen gekapert werden. „Seht, der Zimmermann, das ist ein Kerl mit einem warmfühlenden Herzen für unsere deutschen Brüder in schwerer Noth: der sagt es der Reichsregierung gründlich, was eigentlich ihre Pflicht wäre, die sie selber nicht kennt!" So hofft Herr Zimmermann, daß das Urtheil über seine „deutschen" Reden lautet. Aber nicht die Deutschen in Oesterreich, sondern deren erbitterte Gegner im Wiener Reichsrath, die Polen, Czechen und Klerikalen, haben jetzt ein Recht, sich auf Kundgebungen aus der Mitte des deutschen Reichstags zu ihren Gunsten zu berufen. Daß das deutsche Volk den Kampf der Volksgenossen in Oesterreich um ihre nationale Existenz mit den lebhaftesten Sympathien begleitet, war unseren Stammesbrüdern hinlänglich zum Bewußtsein gebracht worden; dieses Bewußtsein ist ihnen aber durch das Vorgehen der Herren Zimmermann und Förster getrübt worden, da die Art, wie sich der Centrumsführer Dr. Lieber und der Pole Cegielski, der den Grafen Badeni einen „gerechten, edelgesinnten Staatsmann" nannte, über die Bedrückung des Deutschthums in der habsburgischen Monarchie äußerten, nicht dazu beitragen kann, die Deutschen Oesterreichs Genugthuung über die Haltung der Volksvertretung des Deutschen Reiches empfinden zu lassen.

So unerquicklich die Etatsdebatten im Allgemeinen waren, so haben sie doch nach einer Richtung ein erfreuliches Ergebniß gebracht. Aus den Etatsreden des Grafen Posadowsky, des Staatssekretärs des Innern, ist deutlich zu erkennen, daß die Regierung ernstlich gewillt ist, nicht blos die auswärtige, sondern auch die innere Politik im Bismarck'schen Geiste zu führen. Auf dem Gebiete des Auswärtigen hat Herr v. Bülow, in der inneren Politik Graf Posadowsky die Führung übernommen. Die programmatischen Erklärungen, die dieser zu den wichtigsten innerpolitischen Fragen abgegeben hat, lassen keinen Zweifel, daß die Regierung die nationale Wirthschaftspolitik und die entschiedene Stellungnahme gegenüber der Sozialdemokratie als die geeignete Grundlage ansieht, auf der die Sammlung der staatserhaltenden Elemente angebahnt werden soll. Bedeutsam ist vor Allem die klare und entschiedene Weise, in der Graf Posadowsky den sozialpolitischen Kurs der Regierung skizzirt hat. Die Aera des politischen Reglementirens der Erwerbszweige soll endlich aufhören, weil man zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß dadurch der soziale Friede nicht gefördert, sondern das Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf's Schwerste gefährdet wird. Damit soll nicht gesagt sein, daß in der positiven Förderung des Wohles der arbeitenden Klassen ein Stillstand eintreten soll; aber es soll nicht dahin kommen, daß, wie Graf Posadowsky drastisch bemerkte, sich schließlich jeder Gewerbetreibende Abends mit dem Polizisten zu Bette legen und Morgens mit dem Polizisten wieder aufstehen muß. Das Verhältniß zwischen Unternehmern und Arbeitern darf nicht nach Maßgabe sozialdemokratischer Theorien so ausgestaltet werden, daß die besitzenden Klassen zu bewußten Gegnern des Staates werden. Die Besitzenden haben in Deutschland zur Genüge bethätigt, daß sie sich der Pflichten, die ihnen der Besitz auferlegt, bewußt sind. In keinem Staate der Welt wird für die Arbeiter so gesorgt wie bei uns und zwar in der Hauptsache auf Kosten der Besitzenden. Ein Maßhalten in der sozialpolitischen Gesetzgebung ist auch um deswillen geboten, weil unter dem Uebermaß von Gesetzen nicht blos die materiellen Interessen der Bevölkerung leiden, sondern auch die Verwaltung auf das Empfindlichste geschädigt wird. Wenn das ganze Jahr die maßgebenden Instanzen nur mit dem Entwurf neuer Gesetze beschäftigt sind, so finden sie gar nicht mehr die Zeit zu einer gründlichen Verwaltung, während andererseits die Bevölkerung selbst den Massen verwickelter umfangreicher Gesetze nicht mehr folgen kann. Wir haben, sagte der Staatssekretär des Innern, ein Gesetz mehr im Reichsgesetzblatt stehen, aber im Uebrigen herrscht über dem ganzen Gesetz die Ruhe eines Kirchhofs.

Auch die Perspektive, die Graf Posadowsky auf dem Gebiete der landwirthschaftlichen Fragen eröffnet hat, wird mit Zustimmung begrüßt werden müssen und dazu beitragen, ein vertrauensvolles Zusammenwirken der Regierung mit den rechtsstehenden Parteien einzuleiten. Es ist unsere heiligste Pflicht, versicherte der Staatssekretär, auf's Ruhigste und Objektivste zu prüfen, inwieweit die Forderungen der Landwirthschaft berechtigt sind und sich mit den Interessen der übrigen Berufszweige vertragen; und wenn wir zu der Erkenntniß kommen, daß die landwirthschaftlichen Interessen unter den gegenwärtigen Konjunkturen nicht genügend geschützt sind, dann müssen wir auch der Landwirthschaft einen höheren Schutz gewähren, der nothwendig ist, damit sie wirthschaftlich existiren kann und die Stellung im wirthschaftlichen Leben Deutschlands wieder einnimmt, die ihr gebührt. Der Freisinn, der es am liebsten gesehen hätte, wenn die Landwirthschaft in dem Ausschuß zur Vorbereitung der neuen Handelsverträge überhaupt nicht vertreten wäre, hat diese Aeußerungen sofort als die Ankündigung einer Erhöhung der Getreidezölle aufgefaßt und er sieht es nur als einen schwachen Trost an, daß darüber noch sechs Jahre hingehen werden. Allerdings könnte sich in dieser langen Zeit wieder Manches ändern; aber vor der Hand wird man darüber Genugthuung empfinden dürfen, daß die Regierung den entschiedenen Willen bekundet, beim Abschluß der neuen Handelsverträge der landwirthschaftlichen Nothlage Rechnung zu tragen. Von offiziöser Seite ist erklärt worden, daß die Auslassungen des Grafen Posadowsky bei der Etatsberathung zu den wesentlichsten Bestandtheilen eines Programms gehören, dessen Einheitlichkeit und Geschlossenheit eine vollkommene genannt werden darf. Ist dies wirklich der Fall, und versteht es die Regierung, nicht blos ein einheitliches Programm vorzutragen, sondern auch mit Festigkeit und Konsequenz durchzusetzen, so dürfte man sich der schönen Hoffnung hingeben, daß auf dem Gebiete der inneren Politik zur Wahrheit wird, was Kaiser Wilhelm in Kiel für die auswärtige Politik als sein Programm verkündet hat, das auszubauen und weiterzuführen, was seine Vorgänger, Kaiser Wilhelm der Erste und sein „großer Kanzler", ihm hinterlassen haben.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 18. Dezember.

Berlin. Der Kaiser stattete gestern dem russischen Botschafter Grafen von der Osten-Sacken einen Besuch ab und konferirte darnach mit dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe. — Das Centralkomitee für die durch Hochwasser geschädigten hielt heute Sitzung ab. Im Ganzen sind an Spenden eingegangen 8,149,857 M., wovon verausgabt sind 2,244,100 M. Spenden haben erhalten u. A.: Königreich Sachsen 212,473, Württemberg 730,521, Regierungsbezirk Liegnitz 868,984 M., Regierungsbezirk Frankfurt a. d. O. 577,642 M. u. s. w.

Berlin. Prinz Biron von Kurland, Rittmeister à la suite der Armee und freier Standesherr auf Großwartenberg, erhielt den sächsischen Albrechtsorden 1. Klasse, der Telegraphendirektor v. Albedyhll in Dresden und Postdirektor Muth in Riesa erhielten den Rang der Räthe 4. Klasse. — Auf die heutige Bebel'sche Erklärung erläßt Redakteur Fink eine weitere Erklärung in der „Post", in welcher er auf diese mittheilt, daß Schritte zur gerichtlichen Verfolgung seiner Rechte gegen den Abg. Bebel bereits eingeleitet seien.

Güstrow. Das Schwurgericht verurtheilte heute den Schiffszimmermann Heinrich Seebeck aus Hamburg zu 14 Monaten Gefängniß und den Schiffsjungen Heinrich Dankelmann aus Chemnitz zu 15 Monaten Zuchthaus. Beide versuchten im Februar dieses Jahres, die im Hafen von Martinique liegende Rostocker Bark „Elisabeth Harens" anzuzünden und später durch Anbohren zu versenken.

Frankfurt a. M. Der durch seinen Konflikt mit der Geistlichkeit wegen Jagens an Sonntagen bekannte Regierungspräsident von Hessen-Nassau v. Tepper-Laski wird, Wiesbadener Meldungen zufolge, nach Köslin versetzt.

Marburg. Die Uebergabe der von der Königin Maguerita von Italien dem hiesigen Jägerbataillon Nr. 11 verliehenen Fahnenbänder fand heute Vormittag in feierlicher Weise statt. Nach einer Ansprache des kommandirenden Generals v. Wittich als Vertreter des Kaisers an das in Paradestellung stehende Bataillon, die in einem Hoch auf die Königin von Italien ausklang, heftete der italienische Militärbevollmächtigte in Berlin die Bänder mit einer kurzen deutschen Ansprache an die Fahne.

Straßburg. Der Kaiserliche Statthalter Fürst Hohenlohe-Langenburg begiebt sich heute nach Berlin.

Wien. Wie die „N. F. Pr." erfährt, hat ein russisches Geschwader heute Port Arthur, gegenüber Weihaiwei, besetzt.

Paris. Der Ministerrath ermächtigte den Ministerpräsidenten, bei der Kammer provisorisch ⅔₁₂ des Budgets zu beantragen. — Infolge des Vormittags herrschenden dichten Nebels stieß ein Vorortszug der Nordbahn mit einem Ringbahnzug zusammen, wobei mehrere Personen verletzt wurden.

Paris. Vor dem Schwurgerichte begann heute Nachmittag unter großem Andrange des Publikums die Verhandlung in der Panama-Angelegenheit. Arthur Boyer, Maret, Planteau, Gaillard, Lajoux, Rigaut, St. Martin befinden sich auf der Anklagebank; Raquet ist flüchtig.

Rom. Der Senator Marquis Alfieri di Sostegno, ein Neffe des Grafen Cavour und Schwiegervater des Visconti Venosta, ist heute früh in Florenz gestorben.

Rom. In Citta di Castello bei Perugia verursachte heute früh 8½ Uhr ein heftiges 12 Sekunden andauerndes Erdbeben in den Wänden und Decken vieler Häuser erhebliche Risse und Spalten und brachte zahlreiche Schornsteine in der Stadt und auf dem Lande zum Einsturz. Die Thurmglocken schlugen an und die Bevölkerung war in große Bestürzung versetzt. Auch die Seismographen der Observatorien in Rom, Siena, Arezzo und Casamicciola auf Ischia haben Erdstöße verzeichnet.

Madrid. Die Königin-Regentin unterzeichnete das Dekret, durch welches der Belagerungszustand in Barcelona aufgehoben wird. — Meldungen aus Manila besagen, daß am 25. November die Unterwerfung des Führers der Aufständischen Aguinaldo stattfand, da Aguinaldo selbst seine Sache für verloren hielt. Da der Gouverneur von Manila den 26. November als Frist für die Unterwerfung festgesetzt hatte, trat Aguinaldo an dem gemeldeten Tage in Unterhandlungen ein. Er bat um Gnade für sein Leben und für das seiner Gefährten, versprach Waffen und Munition auszuliefern und die Oberhoheit Spaniens anzuerkennen. Die Waffen sollen jedoch erst ausgeliefert werden, sobald die Führer wohlbehalten in Hongkong eingetroffen sein werden. Ferner wurde versprochen, sich nicht wieder gegen die spanische Herrschaft auflehnen zu wollen. Die spanischen Behörden nahmen diese Bedingungen an.

Haag. Der Marineminister Jansen gab seine Entlassung infolge Ablehnung seines Flottenplanes durch die Kammer.

London. Das Bureau Dalziel meldet aus Shanghai: China werde die deutsche Okkupation von Kiao Tschau anerkennen. Die Meldung findet ihre Erklärung in einer anderen Depesche, welche über die letzte Sitzung des Tsungli Yamen wie folgt berichtet: Präsident Prinz Kung empfahl die sofortige Bewilligung der deutschen Ansprüche, einschließlich der Okkupation Kiao Tschaus', denn dies würde das übrige China vor einer Zerstückelung bewahren und überdies Rußland und Frankreich zwingen, Farbe zu bekennen, ob sie offen mit Deutschland gehen wollen. Prinz Kung hob die angebliche Absicht der Großmächte hervor, China aufzutheilen, wobei Deutschland Shantung, Rußland Korea und Nord-China, Frankreich die südöstliche Provinz Fokien und Formosa nehmen würden, obwohl letzteres jetzt Japan gehört. Li Hung Tschang meinte, er hielte es für besser, China solle sich Deutschlands Forderungen widersetzen, event. mit Gewalt. Die anderen Mitglieder des Tsungli Yamen stimmten jedoch dem Prinzen Kung bei, nur fürchteten sie die Haltung der Provinzbevölkerung, wenn China nachgebe und das Gerücht von einer beabsichtigten Auftheilung des Reiches bekannt würde. — Das britische Kriegsschiff „Phönix" ankert in der Kiao Tschaubucht.

Konstantinopel. Dem Wiener Korrespondenzbureau wird über Grausamkeiten, die, Privatnachrichten zufolge, im Kotschanier Distrikte verübt wurden, gemeldet: Fünf Bulgaren, darunter ein Priester, wurden gefoltert, drei derselben sind ihren Verletzungen erlegen, gegen zweihundert Verhaftungen wurden vorgenommen.

Athen. Die Kammer hat das Friedensprotokoll heute Nacht in dritter Lesung angenommen und dann seine Sitzungen unterbrochen. Auf eine Anfrage Delyannis' über den Stand der Verhandlungen über das Finanzarrangement erwiederte der Minister-

Meine Frau benutzt: Triumph-Seife
für Wäsche und Haushalt